

Wir veröffentlichen die "Die Befehlskette für die gezielten Tötungen", den 3. von 8 Artikeln der Serie "Die Drohnen-Dokumente", die auf Glenn Greenwalds Website *The Intercept* erschienen ist.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 201/15 – 30.10.15

Die Befehlskette für die gezielten Tötungen

Die tödliche Bürokratie hinter Obamas Drohnen-Krieg

Die Drohnen-Dokumente, Artikel 3 von 8

Von Cora Currier

The Intercept, 15.10.15

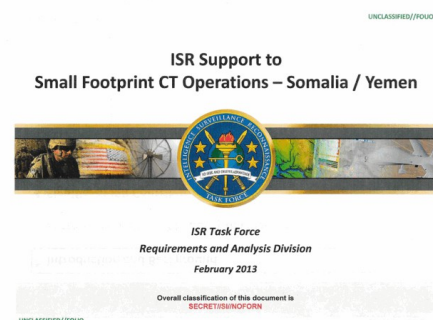
(<https://theintercept.com/drone-papers/the-kill-chain/>)

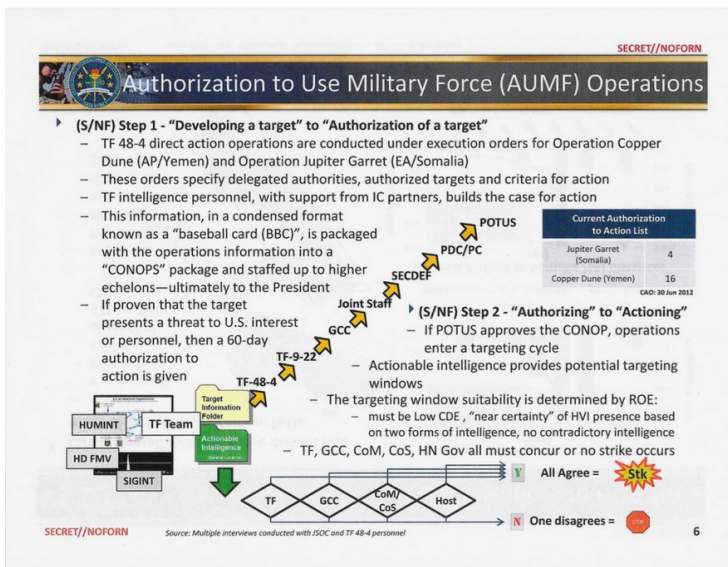
Militärische Geheimdokumente, die *The Intercept* zugespielt wurden, enthalten auch einige Informationen über den Prozess, in dem die Obama-Regierung ihre Tötungsliste mit Terrorverdächtigen aus dem Jemen und aus Somalia erstellt. Die Dokumente gestatten einen ungewöhnlichen Blick auf die Entscheidungen, die vor Drohnen-Angriffen und anderen Operationen im überwiegend verdeckt geführten Krieg (gegen den Terror) getroffen werden; dabei geht es um die Auswahl und die Überprüfung von Zielpersonen durch die Geheimdienste, das Militär und das Weiße Haus, die mit der Genehmigung des US-Präsidenten enden, mit der gleichzeitig eine Frist von 60 Tagen beginnt, innerhalb der die gezielte Tötung durchgeführt werden soll.

Die Dokumente stammen aus einer Pentagon-Studie, [s. <https://theintercept.com/document/2015/10/14/small-footprint-operations-5-13/#page-6>], die Anfang des Jahres 2013 erstellt wurde – zur Überprüfung und Bewertung der Überwachungstechnologie der Geheimdienste und der Aktivitäten des militärischen Joint Special Operations Command (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Joint_Special_Operations_Command), abgekürzt JSOC, während der tödlichen Drohnen-Angriffe, die in den Jahren 2011 und 2012 im Jemen und in Somalia durchgeführt wurden.

In der von einer "Intelligence, Surveillance and Reconnaissance Task Force" (einer Sonderkommission zur Bewertung der Ergebnisse von Spionage, Überwachung und Aufklärung) des Pentagons erarbeiteten Studie werden die öffentlichen Erklärungen der US-Regierung über ihre Drohnen-Kampagne gegen hochrangige Terroristen, die eine akute Bedrohung für die USA darstellen sollen, teilweise bestätigt, teilweise wird ihnen aber auch widersprochen. Es wird offen zugegeben, dass es nur sehr selten zur Festnahme von Terroristen kam und dass mit so genannten "Signature Strikes" (weitere Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01613_030213.pdf) häufig unbekannte Personen nur wegen ihres "verdächtigen Verhaltens" umgebracht wurden.

The Intercept liegen zwei Versionen der Studie vor, eine längere Präsentation vom Februar 2013 [s. <https://theintercept.com/document/2015/10/14/small-footprint-operations-2-13/>] und eine Kurzfassung vom Mai 2013, die auch ein Dia enthält, aus dem die Befehlskette für die gezielten Tötungen zu ersehen ist [s. <https://theintercept.com/document/2015/10/14/small-footprint-operations-5-13>]. (Das Dia ist auf der nächsten Seite reproduziert.)





A slide from a May 2013 Pentagon presentation shows the chain of command for ordering drone strikes and other operations carried out by JSOC in Yemen and Somalia. GCC = Geographic Combatant Command; SECDEF = Secretary of Defense; PDC/PC = Principals' Deputies Committee/Principals Committee; CoM = Chief of Mission; CoS = Chief of Station

Die Obama-Regierung hat sich zunächst sogar geweigert, die gesetzliche Grundlage für die Drohnen-Angriffe offenzulegen – ganz zu schweigen von den bürokratischen Strukturen, die in diesen Dokumenten sichtbar werden. Obwohl im Jemen sowohl die CIA als auch das JSOC Drohnen-Angriffe durchführen, gab es bisher nur sehr wenige offizielle Mitteilungen über die US-Operationen in diesem Land.

"Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, wer nach welchen Kriterien wen zur Zielperson erklären darf, und wo diese Entscheidung fällt," erklärte Jameel Jaffer, der stellvertretende Direktor der American Civil

Liberties Union (s. https://de.wikipedia.org/wiki/American_Civil_Liberties_Union).

Sowohl das Pentagon als auch der National Security Council / NSC (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council) lehnten es ab, Fragen zu der Studie und zum US-Drohnen-Programm zu beantworten. Der NSC wollte sich auch nicht dazu äußern, ob sich das Verfahren zur Auswahl der Zielpersonen und zur Genehmigung von Drohnen-Angriffen seit dem Erscheinen der Studie geändert hat.

In zwei Schritten zum Mord

Das oben reproduzierte Dia zeigt, dass die Genehmigung eines Drohnen-Angriffes in einem zweiteiligen Prozess erfolgt. Der erste Schritt beinhaltet die Auswahl einer Zielperson und die Genehmigung ihrer Tötung, der zweite Schritt die Erteilung des Tötungsbefehls. Aus dem Dia geht hervor, dass eine geheimdienstliche Sondereinsatzgruppe des JSOC mit dem Tarnnamen TF-48-4 zusammen mit anderen Geheimdiensten Information über eine Zielperson sammelt und in einer "Baseball Card" (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20015_261015.pdf) zusammenfasst, die über verschiedene Zwischenstufen dem US-Präsidenten zur Genehmigung der Tötung vorgelegt wird.

Das von den Geheimdiensten zusammengestellte Informationspaket über die Zielperson wird von der JSOC-Sondereinsatzgruppe an das zuständige Regionalkommando – für den Jemen ist es das CENTCOM und für Somalia das AFRICOM (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf) – weitergeleitet und über den US-Generalstab dem US-Verteidigungsminister vorgelegt. Dann befasst sich ein ausgewählter Kreis von Spitzenleuten des National Security Council (weitere Infos dazu s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council und) und schließlich auch noch dessen Deputies Committee (s. https://en.wikipedia.org/wiki/National_Security_Council_Deputies_Committee) damit. (Erst dann genehmigt der US-Präsident, der in der Grafik als POTUS erscheint, die Tötung der Zielperson.) [Weitere Infos dazu s. unter http://www.nytimes.com/2012/05/29/world/obamas-leadership-in-war-on-al-qaeda.html?_r=0 .]

Aus dem Dia geht auch hervor, dass Obama nur die Tötung der Zielperson, aber nicht jeden einzelnen Drohnen-Angriff anordnet, was vorher über alle Drohnen-Angriffe außerhalb

Afghanistans und Pakistans berichtet worden war. Die Aussage Obamas aus dem Jahr 2012, er sei für alle Tötungen verantwortlich, trifft jedoch zu. [s. <https://www.thebureauinvestigates.com/2012/09/06/obamas-five-rules-for-covert-drone-strikes/>]



Es hat schon mehrere Berichte über diese Drohnen-Bürokratie gegeben und in fast allen wurde betont, dass bei Entscheidungen, wer auf die Tötungsliste kommt, Rechtsberater der US-Regierung und Obamas einflussreicher Anti-Terrorberater John Brennan, der 2013 CIA-Chef wurde, besonders viel Einfluss haben. Unter Brennan wurde der Entscheidungsprozess mehr ins Weiße Haus verlagert. Statt in vom US-Generalstab durchgeführten Video-Konferenzen [s. <http://bigstory.ap.org/content/who-will-drones-target-who-us-will-decide>] fanden die Beratungen im dem (von Brennan geleiteten) National Counterterrorism Center der Geheimdienste statt. [Weitere Informationen dazu unter https://www.washingtonpost.com/world/national-security/plan-for-hunting-terrorists-signals-us-intends-to-keep-adding-names-to-kill-lists/2012/10/23/4789b2ae-18b3-11e2-a55c-39408f6e6a4b_story.html .] Außerdem hat das Weiße Haus im Jahr 2013 die Kontrolle über die Drohnen-Angriffe im Jemen verschärft [s. <http://www.nbcnews.com/news/other/why-white-house-blessed-recent-yemen-drone-strikes-f6C10936036>].

Als die Studie erstellt wurde, räumte der US-Präsident dem JSOC eine 60-tägige Frist zur Erledigung jedes Mordauftrages ein. Die einzelnen Drohnenangriffe mussten vom Chef des zuständigen Regionalkommandos, sowie vom US-Botschafter und vom Chef der CIA-Außenstelle in dem betroffenen Land genehmigt werden. Bei wichtigen Zielpersonen wie dem Al-Qaida nahestehenden Prediger Anwar al-Awlaki (Infos dazu s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Anwar_al-Awlaki), der zudem noch US-Bürger war, musste nach Auskunft des ehemaligen Drohnen-Piloten Lt. Col. (Oberstleutnant) Mark McCurley, der Drohnen über dem Jemen gesteuert und ein Buch darüber veröffentlicht hat [s. unter <http://www.-penguin.com/book/hunter-killer-by-t-mark-mccurley-kevin-maurer/9780525954439>], jeder Drohnen-Angriff von der Regierung in Washington genehmigt werden. "Und das geschah erst nach gründlicher Überprüfung durch Rechtsberater und andere Experten. Bei Drohnen-Angriffen auf solche Zielpersonen gab es eine lange Befehlskette, und sie wurden vom Anfang bis zum Ende streng überwacht." Die Regierung des Staates, in dem der Angriff stattfand, musste ebenfalls einverstanden sein, sonst wurde der Angriff gestoppt, wie das Stoppschild (auf dem Dia auf S. 2 oben links) belegt.

Die Zusammenarbeit mit den Regierungen der Staaten, in denen Drohnen-Angriffe stattfanden, war unterschiedlich. Abdirizak Omar Mohamed, der somalische Minister für innere Sicherheit, erklärt gegenüber *The Intercept*, die USA hätten den Premierminister und den Außenminister Somalias "meistens schon vor den Drohnen-Angriffen, manchmal aber auch erst während der Angriffe darüber informiert." Er erinnere sich nicht daran, dass von somalischer Seite jemals Einwände erhoben wurden; falls das notwendig gewesen wäre, hätten die USA sicher die Souveränität Somalias geachtet.

2011, als der Untersuchungszeitraum der Studie begann, war Ali Abdullah Salih, der Präsident des Jemen, in Schwierigkeiten. Im Juni 2011 verließ er sein Land, weil es während des Arabischen Frühlings Proteste gab und er bei einem Bombenanschlag verletzt wurde. Sein Nachfolger Abed Rabbo Mansour Hadi begrüßte es, dass sowohl die CIA als auch das JSOC die Anzahl ihrer Drohnen-Angriffe erhöhten [weitere Infos dazu unter <http://www.nytimes.com/2012/09/29/world/middleeast/yemens-leader-president-hadi-praises-us-drone-strikes.html>].

"Salih wurde fast nie gefragt. Hadi, der ab März 2012 Präsident war, wurde vor den Drohnen-Angriffen immer eingeweiht," sagte ein ehemaliger höherer Regierungsvertreter, der sowohl unter Salih als auch unter Hadi der jemenitischen Regierung angehörte.

Weil die jemenitische Hauptstadt heute von den Huthi-Rebellen kontrolliert und von Saudi-Arabien bombardiert wird, dürfte niemand mehr gefragt werden, wenn die USA Drohnen-Angriffe starten wollen [s. unter <http://www.latimes.com/world/middleeast/la-fg-yemen-houthis-20150206-story.html>].

"Ich glaube, jetzt wird niemand mehr informiert, weil niemand mehr Regierungsverantwortung trägt," sagte der ehemalige jemenitische Regierungsvertreter, der wegen der unsicheren Verhältnisse in seinem Land anonym bleiben wollte.

Wer kann ins Visier genommen werden?

Sowohl unter Bush als auch unter Obama hat die US-Regierung behauptet, die "Authorization for Use of Military Force", abgekürzt AUMF, aus dem Jahr 2001 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Authorization_for_Use_of_Military_Force_Against_Terrorists) schließe auch den Einsatz von Drohnen gegen Mitglieder der Al-Qaida oder ihrer Ableger ein – unabhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltsort.

In der Pentagon-Studie wird immer auf die AUMF Bezug genommen, aber auch festgestellt, dass viele der gezielten Tötungen "außerhalb offizieller Kriegsgebiete und bewaffneter Konflikte" vollzogen würden und deshalb "nicht unbegrenzt stattfinden" könnten [s. <https://theintercept.com/document/2015/10/14/small-footprint-operations-2-13/#page-6>].

Vertreter der Obama-Regierung haben sich damit herausgeredet, dass auch von Al-Qaida-Mitgliedern außerhalb offizieller Kriegsgebiete "eine akute Bedrohung für die USA" ausgehen könne [s. <https://theintercept.com/document/2015/10/14/small-footprint-operations-2-13/#page-6>]. Als der US-Drohnen-Krieg im Mai 2013 allgemein bekannt wurde und die US-Regierung wegen der hohen Zahl ziviler Opfer unter zunehmenden Druck geriet, veröffentlichte das Weiße Haus Richtlinien für die Anwendung tödlicher Gewalt zur Terrorbekämpfung [s. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/05/23/fact-sheet-us-policy-standards-and-procedures-use-force-counterterrorism>] und behauptete, damit würden die Drohnen-Angriffe stark eingeschränkt. In einer Rede gab Obama bekannt, Drohnen-Angriffe würden nur gegen Personen vorgenommen, die eine "ständige, akute Bedrohung für die US-Bevölkerung darstellten" und nicht festgenommen werden könnten. Außerdem würden nur noch Drohnen-Angriffe stattfinden, wenn "nahezu Gewissheit" bestehe, dass dabei "keine Zivilisten getötet oder verletzt" würden [s. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/05/23/remarks-president-national-defense-university>].

Was die neuen Richtlinien angeht, zweifeln Juristen und besonders Menschenrechtler die Position der Obama-Regierung an, die USA befänden sich im kriegsrechtlichen Sinne im Jemen oder in Somalia in einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Al-Qaida [s. dazu auch <http://opiniojuris.org/2011/05/21/no-the-un-has-not-affirmed-that-the-us-is-engaged-in-an-armed-conflict-with-al-qaeda/>] und könnten deshalb Drohnen-Angriffe durchführen [s. dazu auch <https://www.hrw.org/news/2013/07/31/us-reassess-war-model-against-al-qaeda>]. Andere stellen in Frage, ob die Tötungen von mehreren hundert Menschen, die dort inzwischen bei Drohnen-Angriffen umkamen, den von Obama genannten strengen Kriterien entsprechen.

"Ich halte es für fraglich, ob die Kriterien Obamas überhaupt einzuhalten sind," gab Jennifer Daskal zu bedenken – eine Assistenzprofessorin für Recht an der American University (in Washington), die von 2009 bis 2011 für das US-Justizministerium gearbeitet hat. Wer will sicherstellen, dass es mit ziemlicher Sicherheit keine zivilen Toten gibt? Wann ist eine Festnahme ausgeschlossen? Welche Umstände machen sie unmöglich?"

Es ist nicht klar, ob in der Studie schon die Richtlinien vom Mai 2013 berücksichtigt werden konnten, denn (nach dieser Studie) reicht es schon aus, wenn von einer Zielperson angeblich eine "Bedrohung für US-Amerikaner oder US-Interessen" ausgeht.

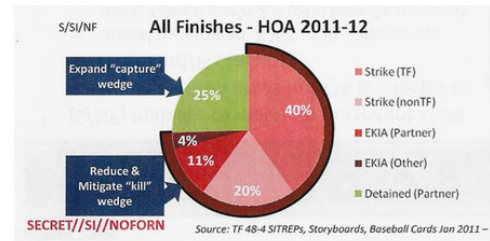
Ein Sprecher des National Security Council (siehe unter https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council) konnte nicht erklären, warum die Kriterien der Studie von denen in den Richtlinien vom Mai 2013 abweichen, betonte aber, die Richtlinien seien "heute noch in Kraft".

Die 6-Wochen-Frist, die der Präsident für die Tötung der Zielperson einräumt, deutet für Hina Shamsi, den ACLU-Direktor für Fragen der nationalen Sicherheit (s. https://de.wikipedia.org/wiki/American_Civil_Liberties_Union) darauf hin, dass man das Kriterium "akute Bedrohung" sehr großzügig auslege.

"Wenn man für die Tötung einer hochgefährlichen Zielperson über einen Monat Zeit lässt, bedeutet das für mich, dass die Person unbedingt umgebracht werden soll, obwohl keine akute Gefahr von ihr ausgeht," ergänzte Shami.

Auf dem Dia zur Befehlskette gibt es keinerlei Hinweise darauf, wie bei einer Festnahme der Zielperson zu verfahren wäre. Das legt den Verdacht nahe, dass die Obama Regierung Zielpersonen meistens umbringen und nur in wenigen Ausnahmefällen festnehmen lässt.

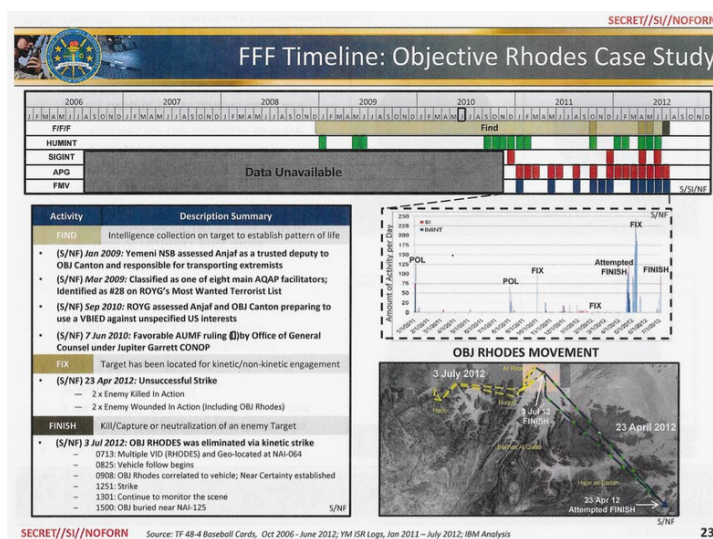
Eine in der Studie enthaltene Statistik belegt, dass 2011 und 2012 am Horn von Afrika nur 25 Prozent der Zielpersonen festgenommen wurden – und alle von ausländischen Sicherheitskräften. Einer der wenigen Gefangenen, über die in der Amtszeit Obamas berichtet wurde, war der Al-Shabaab-Chef (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_%28Miliz%29) Ahmed Abdulkadir Warsame (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Ahmed_Abdulkadir_Warsame), der im April 2011 von US-Seeleuten im Golf von Aden aufgegriffen und in Manhattan vor Gericht gestellt wurde. Er kommt in der Studie aber nicht vor, vermutlich, weil er auf See in Gefangenschaft geriet [s. dazu auch https://www.washingtonpost.com/national/national-security/us-indicts-somali-on-terrorism-charges/2011/07/05/gHQA8bbfzH_story.html].



The Pentagon study recommended more captures, rather than killings, because of the intelligence that could be gleaned from interrogations and collected materials. EKIA = Enemy Killed in Action; HOA = Horn of Africa

In der Studie wird die Gesamtzahl der bei Drohnen-Angriffen getöteten Personen nicht genannt, es wird nur festgestellt, dass "relativ wenige hochwertige Zielpersonen die Kriterien erfüllt haben, und Ende Juni 2012 im Jemen 16 Zielpersonen auf der Tötungsliste standen – in Somalia sogar nur vier.

Trotz der geringen Anzahl von Zielpersonen, die sich 2011 und 2012 auf der Tötungsliste befanden, gab es im Jemen mindestens 54 US-Angriffe mit Drohnen und Kampffjets, bei denen nach Angaben des Bureau of Investigative Journalism (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/The_Bureau_of_Investigative_Journalism) mindestens 293 Personen getötet wurden, darunter 55 Zivilisten. In Somalia gab es mindestens drei Angriffe, bei denen mindestens sechs Menschen starben. [s. <https://theintercept.com/drone-papers/the-life-and-death-of-objective-peckham/>]



Einige der Angriffe im Jemen gehen wahrscheinlich auf das Konto der CIA, die seit Mitte 2011 von einer geheimen Basis in Saudi-Arabien aus (Infos dazu unter https://www.washingtonpost.com/world/national-security/2013/02/05/8f3c94f0-6fb0-11e2-8b8d-e0b59a1b8e2a_story.html) Drohnen über den Jemen schickte und nicht nur eine eigene Tötungsliste, sondern auch eigene Regeln hatte (s. <http://www.nytimes.com/2013/02/06/world/middle-east-with-brennan-pick-a-light-on-drone-strikes-hazards.html>). Es war aber nachweislich das JSOC des

US-Militärs, das auf der Jagd nach seinen relativ wenigen hochwertigen Zielpersonen so viele unbeteiligte Zivilisten umbrachte. In der Studie wird die Jagd auf ein angebliches Al-Qaida-Mitglied mit dem Decknamen "Rhodos" oder "Anjaf" beschrieben [s. <https://theintercept.com/document/2015/10/14/small-footprint-operations-2-13/#page-23>]. Dabei handelt

es sich vermutlich um Fahd Saleh al-Anjaf al-Harithi (?), der im Juli 2012 am gleichen Tag wie "Rhodos" getötet wurde. Bei einem Drohnen-Angriff im April, der eigentlich Harithi getötet hatte, waren zwei – nach Zeitungsmeldungen sogar drei – nachträglich zu "Feinden" erklärte Personen umgebracht worden [s. <http://uk.reuters.com/article/2012/04/23/uk-saudi-yemen-kidnappers-idUKBRE83M15O20120423>].

Viele der Drohnen-Angriffe im Jemen können auch so genannte "Signature Strikes" gewesen sein, bei denen unbekannte Personen nur aufgrund "verdächtigen Verhaltens" ermordet wurden [s. https://www.washingtonpost.com/world/national-security/white-house-proves-broader-yemen-drone-campaign/2012/04/25/gIQA82U6hT_story.html]. Regierungsvertreter haben 2012 berichtet, Präsident Obama habe solche Signature Strikes auch im Jemen genehmigt, sie aber als TADS bezeichnet und behauptet, sie dienten der Verhinderung von Terroranschlägen und seien nicht so zahlreich wie ähnliche Angriffe der CIA in Pakistan [s. <http://www.newsweek.com/drones-silent-killers-64909>].

In der Studie wird berichtet, dass Drohnen und Aufklärungsflugzeuge auch TADS-Einsätze fliegen um Signature Strikes durchzuführen, von denen unklar ist, wie man sie überhaupt rechtfertigen will, weil sie ja nur gegen Unbekannte und nicht gegen "hochwertige Zielpersonen" gerichtet sein können [s. <https://theintercept.com/document/2015/10/14/small-foot-print-operations-2-13/#page-30>].

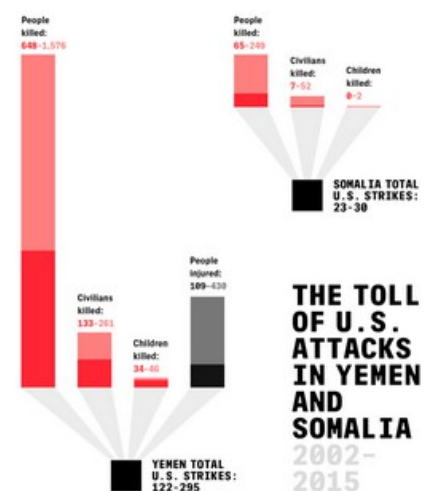
Nahezu Gewissheit?

Nach den im Mai 2013 vom Weißen Haus veröffentlichten Richtlinien soll ein Drohnen-Angriff nur nach vorheriger gründlicher Prüfung des überwachten Zielobjektes und nur dann erfolgen, wenn möglichst keine unbeteiligten Zivilpersonen betroffen sind. Bei einem Drohnen-Angriff muss "nahezu Gewissheit bestehen, dass die Zielperson eliminiert wird", und es muss auch "nahezu Gewissheit bestehen, dass unbeteiligte Zivilisten weder verletzt noch getötet werden".

In der Studie werden allerdings andere Kriterien für die Durchführung eines Drohnen-Angriffs angegeben: Die "Collateral Damage Environment", abgekürzt "CDE" (die Möglichkeit, dass es "Kollateralschäden" gibt, also unbeteiligte Zivilpersonen dabei zu Schaden kommen) muss nur "klein" sein. "Nahezu Gewissheit", dass die Zielperson anwesend ist, besteht dann, wenn das durch "zwei unabhängig voneinander gewonnene geheimdienstliche Erkenntnisse belegt ist, die einander nicht widersprechen dürfen". Im Gegensatz zu den Richtlinien des Weißen Hauses, wird in der Studie diese "nahezu bestehende Gewissheit" für Zivilpersonen nicht gefordert.

In der Studie wird auch gefordert, Drohnen-Angriffe möglichst "nicht in Gebieten durchzuführen, in denen Kollateralschäden unvermeidbar sind", weil das ihren "Erfolg" (!) mindere; es wird aber nicht angegeben, welche Art von Erkenntnissen "unzuverlässig" sein könnten, und wie viele tote Zivilpersonen einen Drohnen-Angriff zum Misserfolg machen.

Die Verfasser der Studie geben zu, dass die korrekte Identifizierung der Zielpersonen in abgelegenen Zielgebieten wegen technologischer Probleme und der beschränkten Anzahl



Since the first drone strike in Yemen in 2002, hundreds of people have been killed in U.S. operations in Yemen and Somalia, many of them innocent civilians. The tallies shown here were compiled by the Bureau of Investigative Journalism from reports of both CIA and JSOC drone strikes and other operations. The large range in the estimates is due to the inherent difficulties of collecting data on airstrikes in war zones. The identities of the "people killed" were often unknown and may include civilians as well as suspected terrorists or militants. The U.S. almost never publicly acknowledges individual operations. (Graphic: The Intercept)

von Überwachungsflügen häufig schwierig ist. Das Militär verlässt sich fast ausschließlich auf SIGINT (elektronisch erhobene Zieldaten) – die meist aus der überwachten Kommunikation mit Mobiltelefonen gewonnen werden und häufig von ausländischen Geheimdiensten stammen, die eigene Auswahlkriterien haben [s. <https://theintercept.com/drone-papers/firing-blind/>].

Die korrekte Identifizierung der richtigen Zielperson wirkt sich direkt auf die Anzahl der unbeteiligten zivilen Opfer von Drohnen-Angriffen aus: Wenn nicht sicher ist, dass die angegriffene Person auch wirklich die Zielperson ist, können auch unschuldige Menschen sterben. Nach Angaben des Drohnen-Experten Gregory McNeal von der Pepperdine School of Law (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Pepperdine_University_School_of_Law) sind 70 Prozent der "Kollateralschäden" im Irak und in Afghanistan" auf Fehler bei der Identifizierung zurückzuführen [s. dazu auch <http://georgetownlawjournal.org/files/2014/03/McNeal-TargetedKilling.pdf>].

Ein weiteres Problem ist das Zeitfenster von 60 Tagen (nach dem Mordauftrag). Wenn diese Frist ungenutzt verstreicht, muss der gesamte geheimdienstliche Zielfindungsprozess neu gestartet werden. Das teilte uns ein ehemaliger höherer Offizier aus dem JSOC mit, der, weil er zur Geheimhaltung verpflichtet ist, anonym bleiben will. Das verleite dazu, den Drohnen-Angriff unbedingt während dieses Zeitraums durchzuführen, auch wenn nicht sicher sei, dass er tatsächlich die gesuchte Zielperson treffe.

Während der Erstellung der Studie gab es häufig gut recherchierte Berichte über tödliche Drohnen-Angriffe des JSOC auf die falschen Leute. Der vielleicht bekannteste Fall ist der 16-jährige US-Amerikaner Abdulrahman Awlaki, der Sohn Anwar al-Awlakis (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Anwar_al-Awlaki), der bei einem Drohnen-Angriff des JSOC im Oktober 2011 starb, als er mit Verwandten beim Mittagessen saß – nur zwei Wochen, nachdem sein Vater von einer CIA-Drohne getötet worden war. In Presseberichten nannte ein anonymes Offiziersmitglied den Mord "einen bedauerlichen Fehler" [s. https://www.washingtonpost.com/world/national-security/cia-veteran-john-brennan-has-transformed-us-counter-terrorism-policy/2012/10/24/318b8eec-1c7c-11e2-ad90-ba5920e56eb3_story.html]; andere warfen dem Ermordeten vor, sich bei Al-Qaida-Mitgliedern auf der Arabischen Halbinsel aufgehalten zu haben. Offiziell teilte die US-Regierung nur mit, er sei nicht "absichtlich" getötet worden [s. <http://www.nytimes.com/interactive/2013/05/23/us/politics/23holder-dro-ne-lettter.html>].

Bei einem Drohnen-Angriff im Jemen im September 2012, der umfassend von Human Rights Watch (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Human_Rights_Watch und [<https://www.hrw.org/report/2013/10/22/between-drone-and-al-qaeda/civilian-cost-us-targeted-killings-yemen>]) und den Open Society Foundations [s. <https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/death-drones-report-eng-20150413.pdf>] untersucht wurde, starben 12 Zivilpersonen, darunter drei Kinder und eine schwangere Frau. Gesuchte Zielpersonen waren nicht dabei; die jemenitische Regierung hat die Angehörigen entschädigt, die US-Regierung hat noch nicht einmal versucht, den Massenmord zu erklären.

"Die Mütter, Väter und Geschwister der bei dem Drohnen-Angriff Getöteten wollen wissen, warum das geschehen ist," beklagte Amrit Singh, der Rechtsberater der Open Society Justice Initiative (s. <https://www.opensocietyfoundations.org/about/programs/open-society-justice-initiative>). "Niemand erklärt, warum gerade diese Menschen Opfer eines Drohnen-Angriffs wurden, und, wie in den meisten dieser Fälle, gibt es weder eine offizielle Untersuchung, noch irgendwelche Entschädigungen."

In Frühjahr 2015 gab es eine Ausnahme: Das Weiße Haus gab zu, dass zwei von Al-Qaida gefangen gehaltene Geiseln – ein US-Amerikaner und ein Italiener – bei einem Droh-

nen-Angriff der CIA, der im Januar in Pakistan stattfand, getötet worden waren. Beim Versuch, diese Tragödie zu erklären, flüchtete sich der Sprecher des Weißen Hauses in die in den Richtlinien formulierte Vorgabe: Die Geiseln seien, obwohl "wegen fast ununterbrochener Überwachung des Zielobjekts nahezu Gewissheit bestanden" habe, dass sie sich nicht in dem angegriffenen Anwesen befanden, dann doch dort eingesperrt gewesen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Links und Ergänzungen in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat die Autorin selbst eingefügt. Infos über sie sind nachzulesen unter <https://theintercept.com/staff/cora/> . Die leicht verständlichen englischen Texte unter den Grafiken haben wir unverändert übernommen. Anschließend drucken wir den Text des Originalartikels ab.)



The Kill Chain

The lethal bureaucracy behind Obama's drone war

The Drone Papers / Article №3 of 8

Cora Currier

Oct. 15 2015

Secret military documents obtained by The Intercept offer rare documentary evidence of the process by which the Obama administration creates and acts on its kill list of terror suspects in Yemen and Somalia. The documents offer an unusual glimpse into the decision-making process behind the drone strikes and other operations of the largely covert war, outlining the selection and vetting of targets through the ranks of the military and the White House, culminating in the president's approval of a 60-day window for lethal action.

The documents come from a Pentagon study, circulated in early 2013, evaluating the intelligence and surveillance technology behind the military's Joint Special Operations Command (JSOC) killing campaign in Yemen and Somalia in 2011 and 2012.

The study, carried out by the Pentagon's Intelligence, Surveillance, and Reconnaissance Task Force, illuminates and in some cases contradicts the administration's public description of a campaign directed at high-level terrorists who pose an imminent threat to the United States. It admits frankly that capturing terrorists is a rare occurrence and hints at the use of so-called signature strikes against unknown individuals exhibiting suspicious behavior.

The Intercept obtained two versions of the study, a longer presentation dated February 2013, and an executive summary from May 2013, which includes a slide showing the chain of command leading to the approval of a lethal strike. (picture)

The Obama administration has been loath to declassify even the legal rationale for drone strikes — let alone detail the bureaucratic structure revealed in these documents. Both the CIA and JSOC conduct drone strikes in Yemen, and very little has been officially disclosed about either the military's or the spy agency's operations.

"The public has a right to know who's making these decisions, who decides who is a legitimate target, and on what basis that decision is made," said Jameel Jaffer, deputy legal director of the American Civil Liberties Union.

Both the Pentagon and the National Security Council declined to respond to detailed questions about the study and about the drone program more generally. The NSC would not say if the process for approving targets or strikes had changed since the study was produced.

Two Steps to a Kill

The May 2013 slide describes a two-part process of approval for an attack: step one, “‘Developing a target’ to ‘Authorization of a target,’” and step two, “‘Authorizing’ to ‘Actioning.’” According to the slide, intelligence personnel from JSOC’s Task Force 48-4, working alongside other intelligence agencies, would build the case for action against an individual, eventually generating a “baseball card” on the target, which was “staffed up to higher echelons — ultimately to the president.”

The intelligence package on the person being targeted passed from the JSOC task force tracking him to the command in charge of the region — Centcom for Yemen, and Africom for Somalia — and then to the Joint Chiefs of Staff, followed by the secretary of defense. It was then examined by a circle of top advisers known as the Principals Committee of the National Security Council, and their seconds in command, known collectively as the Deputies Committee.

The slide detailing the kill chain indicates that while Obama approved each target, he did not approve each individual strike, although news accounts have previously reported that the president personally “signs off” on strikes outside of Afghanistan or Pakistan. However, the slide does appear to be consistent with Obama’s comment in 2012 that “ultimately I’m responsible for the process.” (picture)

There have been various accounts of this drone bureaucracy, and almost all stress the role of Obama’s influential counterterrorism adviser John Brennan (who became director of the CIA in 2013) and of top administration lawyers in deciding who could be killed. Under Brennan, the nominations process was reportedly concentrated in the White House, replacing video conferences once run by the Joint Chiefs of Staff and elevating the role of the National Counterterrorism Center in organizing intelligence. Later in 2013, the White House reportedly tightened control over individual strikes in Yemen.

At the time of the study, with the president’s approval, JSOC had a 60-day window to hit a target. For the actual strike, the task force needed approval from the Geographic Combatant Command as well as the ambassador and CIA station chief in the country where the target was located. For a very important target, such as al Qaeda-linked preacher Anwar al Awlaki, who was a U.S. citizen, “it would take a high-level official to approve the strike,” said Lt. Col. Mark McCurley, a former drone pilot who worked on operations in Yemen and recently published a book about his experiences. “And that includes a lot of lawyers and a lot of review at different levels to reach that decision. We have an extensive chain of command, humans along the whole link that monitor the entire process from start to finish on an airstrike.” The country’s government was also supposed to sign off. “One Disagrees = STOP,” the slide notes, with a tiny red stop sign.

In practice, the degree of cooperation with the host nation has varied. Somalia’s minister of national security, Abdirizak Omar Mohamed, told The Intercept that the United States alerted Somalia’s president and foreign minister of strikes “sometimes ahead of time, sometimes during the operation ... normally we get advance notice.” He said he was unaware of an instance where Somali officials had objected to a strike, but added that if they did, he assumed the U.S. would respect Somalia’s sovereignty.

By 2011, when the study's time frame began, Yemen's president Ali Abdullah Saleh was in crisis. Facing domestic protests during the Arab Spring, he left the country in June 2011 after being injured in a bombing. Both the CIA and JSOC stepped up their drone campaigns, which enjoyed vocal support from Saleh's eventual successor, Abdu Rabbu Mansour Hadi.

"It was almost never coordinated with Saleh. Once Hadi became president, March 2012, there was a big chance we'd be in the loop" before drone strikes were conducted, said a former senior Yemeni official who worked for both the Saleh and Hadi governments.

Today, with Yemen's capital under the control of the Houthi rebel group and undergoing bombardment by Saudi Arabia, administration lawyers do not seem worried about asking permission to carry out drone strikes amid the fray.

"Now, I think they don't even bother telling anyone. There is really no one in charge to tell," said the former Yemeni official, who requested anonymity citing current unrest and the fact that he no longer works for the government.

Who Can Be Targeted

Both the Bush and Obama administrations have maintained that the 2001 Authorization for Use of Military Force, or AUMF, permits the pursuit of members of al Qaeda and its affiliates wherever they may be located.

The Pentagon study refers throughout to operations that fall under AUMF. But it also underlines how the targeted killing campaigns differ from traditional battlefields, noting that the region is located "Outside a Defined Theater of Active Armed Conflict," which limits "allowable U.S. activities."

Obama administration officials have said that in addition to being a member of al Qaeda or an associated force, targets must also pose a significant threat to the United States. In May 2013, facing increasing pressure to fully admit the existence of the drone war and especially to address allegations of civilian harm, the White House released policy guidelines for lethal counterterrorism operations that seemed to further restrict them. In a speech, Obama announced that action would be taken only against people who posed a "continuing, imminent threat to the American people," and who could not be captured. A strike would only occur with "near certainty" that no civilians would be killed or injured.

Even with the new guidelines, legal observers, particularly human rights lawyers, have disputed the Obama administration's position that the U.S., in strict legal terms, is in an armed conflict with al Qaeda in Yemen or Somalia — and therefore dispute what standards should apply to strikes. Others question the extent to which the hundreds of people killed in drone strikes in those countries meet the supposedly strict criteria.

"I think there can be questions raised about how stringently some of the requirements are being applied," said Jennifer Daskal, an assistant professor of law at American University who worked for the Department of Justice from 2009 to 2011. "Near certainty of no civilian deaths, is that really imposed? What does it mean for capture not to be feasible? How hard do you have to try?"

It is not clear whether the study reflects the May policy guidance, since it does not give an extensive description of the criteria for approving a target, noting only that the target must be "a threat to U.S. interest or personnel."

A spokesperson for the National Security Council would not explain why the standards in the study differed from the guidelines laid out in May 2013, but emphasized that “those guidelines remain in effect today.”

The two-month window for striking, says Hina Shamsi, director of the ACLU’s National Security Project, shows the administration’s broad interpretation of “a continuing, imminent threat.”

“If you have approval over a monthslong period, that sends the signal of a presumption that someone is always targetable, regardless of whether they are actually participating in hostilities,” said Shamsi.

The slide illustrating the chain of approval makes no mention of evaluating options for capture. It may be implied that those discussions are part of the target development process, but the omission reflects the brute facts beneath the Obama administration’s stated preference for capture: Detention of marked targets is incredibly rare.

A chart in the study shows that in 2011 and 2012, captures accounted for only 25 percent of operations carried out in the Horn of Africa — and all were apparently by foreign forces. In one of the few publicized captures of the Obama presidency, al Shabaab commander Ahmed Abdulkadir Warsame was picked up in April 2011 by U.S. forces in the Gulf of Aden and brought to Manhattan for trial, though he may not be reflected in the study’s figures because he was apprehended at sea. (picture)

The study does not contain an overall count of strikes or deaths, but it does note that “relatively few high-level terrorists meet criteria for targeting” and states that at the end of June 2012, there were 16 authorized targets in Yemen and only four in Somalia.

Despite the small number of people on the kill list, in 2011 and 2012 there were at least 54 U.S. drone strikes and other attacks reported in Yemen, killing a minimum of 293 people, including 55 civilians, according to figures compiled by the Bureau of Investigative Journalism. In Somalia, there were at least three attacks, resulting in the deaths of at minimum six people.

Some of those Yemen strikes were likely carried out by the CIA, which since mid-2011 has flown drones to Yemen from a base in Saudi Arabia and reportedly has its own kill list and rules for strikes. Yet it is also clear that the military sometimes harmed multiple other people in trying to kill one of those high-level targets. The study includes a description of the hunt for an alleged al Qaeda member referred to as “Objective Rhodes” or “Anjaf,” who is likely Fahd Saleh al-Anjaf al-Harithi, who was reported killed in July 2012, on the same day as Objective Rhodes. A failed strike on Harithi that April killed two “enemies.” News accounts at the time reported three “militants” had died. (picture)

The large number of reported strikes may also be a reflection of signature strikes in Yemen, where people can be targeted based on patterns of suspect behavior. In 2012, administration officials said that President Obama had approved strikes in Yemen on unknown people, calling them TADS, or “terror attack disruption strikes,” and claiming that they were more constrained than the CIA’s signature strikes in Pakistan.

The study refers to using drones and spy planes to “conduct TADS related network development,” presumably a reference to surveilling behavior patterns and relationships in order to carry out signature strikes. It is unclear what authorities govern such strikes, which undermine the administration’s insistence that the U.S. kills mainly “high-value” targets.

Near Certainty

According to the White House guidelines released in May 2013, the decision to take a strike should be based on thorough surveillance and only occur in the absence of civilians. A strike requires “near certainty that the terrorist target is present” and “near certainty that non-combatants will not be injured or killed.”

The study describes the rules for a strike slightly differently, stating that there must be a “low CDE [collateral damage environment]” — meaning a low estimate of how many innocent people might be harmed. It also states there must be “near certainty” that the target is present, “based on two forms of intelligence,” with “no contradictory intelligence.” In contrast to the White House statement, the “near certainty” standard is not applied to civilians.

The study cites the “need to avoiding [sic] collateral damage areas” as a reason for “unsuccessful” missions, but it does not give numbers of civilian casualties or examples of bad intelligence leading to a mistaken kill. (picture)

Yet the overall conclusion is that getting accurate positive identification is a “critical” issue for the drone program in the region, due to limitations in technology and the number of spy aircraft available. The military relies heavily on signals intelligence — drawn from electronic communications — and much of it comes from foreign governments, who may have their own agendas.

Identifying the correct target relates directly to the issue of civilian casualties: If you don’t have certainty about your target, it follows that you may well be killing innocent people. In Iraq and Afghanistan, “when collateral damage did occur, 70 percent of the time it was attributable to failed — that is, mistaken — identification,” according to a paper by Gregory McNeal, an expert on drones and security at Pepperdine School of Law.

Another factor is timing: If the 60-day authorization expired, analysts would have to start all over in building the intelligence case against the target, said a former senior special operations officer, who asked not to be identified because he was discussing classified materials. That could lead to pressure to take a shot while the window was open.

During the time of the study, there were multiple well-reported, high-profile incidents in which reported JSOC strikes killed the wrong people. Perhaps most famously, in October 2011, a 16-year-old U.S. citizen named Abdulrahman Awlaki, the son of Anwar al Awlaki, died in a JSOC strike while eating dinner with his cousins, two weeks after his father was killed by a CIA drone. In press accounts, one anonymous official called Abdulrahman’s death “an outrageous mistake,” while others said he was with people believed to be members of al Qaeda in the Arabian Peninsula. Publicly, the government has said only that he “was not specifically targeted.”

A September 2012 strike in Yemen, extensively investigated by Human Rights Watch and the Open Society Foundations, killed 12 civilians, including three children and a pregnant woman. No alleged militants died in the strike, and the Yemeni government paid restitution for it, but the United States never offered an explanation.

“The mothers and fathers and brothers and sisters of the people who were killed in these drones strikes want to know why,” said Amrit Singh, senior legal officer at the Open Society Justice Initiative. “We’re left with no explanation as to why they were targeted and in most cases no compensation, and the families are aware of no investigation.”

This spring, in a rare admission of a mistake in targeting, the White House announced that two hostages held by al Qaeda — an American and an Italian — had been killed in a CIA drone strike in Pakistan in January. In attempting to explain the tragedy, the White House spokesperson used the language of the standards that had failed to prevent it: The hostages had died despite “near certainty,” after “near continuous surveillance,” that they were not present.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern